
Herzlich willkommen!

Aschenputtel reloaded.

Die Guten ins Töpfchen,
die Schlechten ins Kröpfchen.

Das „Migrationspaket“ und die
Wechselwirkungen seiner
Bestandteile.



GGUA-Flüchtlingshilfe e.V.
Claudius Voigt
Hafenstr. 3-5, 48153 Münster
0251-14486-26
Voigt@ggua.de
www.einwanderer.net



**Das „Migrationspaket“ –
da braut sich was zusammen...**



Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz

Gesetz zur Beschleunigung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Asylklageverfahren ???

Drittes Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Gesetz zur Entfristung d. Integrationsgesetzes (Wohnsitzregelung)

Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

Fachkräfteeinwanderungsgesetz, ab 1. März 2020

„Geordnete Rückkehr Gesetz“ (Hau-ab-Gesetz II), seit 21. August 2019

Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung (ab 1. Januar 2020)

Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch (Kindergeldausschluss EU-Bürger*innen)

Drittes Gesetz zur Änderung des AsylbLG

Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Integrationsgesetz und der Beschäftigungsverordnung (Streichung Vorrangprüfung)

**Zweites Gesetz zur besseren
Durchsetzung der Ausreisepflicht
(„Geordnete Rückkehr-Gesetz“,
oder: Hau-ab-Gesetz II)**

In Kraft seit 21. August 2019

"Geordnete Rückkehr Gesetz"

Prekarisierung des Daseins

- „**Duldung für Personen mit ungeklärter Identität**“: Arbeitsverbote, Residenzpflicht, Bußgeld wegen Nicht-Mitwirkung bei Passbeschaffung: 5.000 Euro, Zeiten werden nicht angerechnet für Ausbildungsduldung und andere Aufenthaltsperspektiven.
- Ausweitung der **Abschiebungshaft**, Ausreisegewahrsam.
- **Unverletzlichkeit der Wohnung** bei Abschiebungen wird eingeschränkt.
- **Abschiebetermine** werden als „Dienstgeheimnis“ eingestuft.
- Erschwerter Erhalt der **Niederlassungserlaubnis**, **verlängerte Widerrufsfristen**.

"Geordnete Rückkehr-Gesetz"

Isolation in Landeseinrichtungen

- **verlängerte Pflicht zum Leben in Landeslagern** für 18 Monate, z. T. darüber hinaus. Für Familien mit Kindern für sechs Monate.
- Im Landeslager wird für Personen im laufenden Asylverfahren der **Anspruch auf Beschäftigungserlaubnis** eingeführt (nach neun Monaten), dies ist zwingend aufgrund Europarecht, aber wohl nur theoretisch relevant.
- Nach Ablehnung des Asylantrags (und Duldungserteilung) muss die **Beschäftigung** wieder **abgebrochen** werden und sechs Monate gewartet werden, bis eine neue Beschäftigungserlaubnis ausgestellt werden darf.

"Geordnete Rückkehr-Gesetz"

Migrationssteuerung durch Verweigerung des menschenwürdigen Existenzminimums:

- Vollständige **Sozialleistungsstreichung** für Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind und einen Schutzstatus in einem anderen EU-Staat haben ("Überbrückungsleistungen" für zwei Wochen, danach Aushungern).
- Ausweitung der **Leistungskürzungen z. B. auf Dublin-Fälle**: Streichung des Bargelds; nur noch ein eingeschränktes physisches Existenzminimum (umgerechnet etwa 180 Euro).

"Geordnete Rückkehr-Gesetz"

Ein Zitat aus § 12a AsylG zur Asylverfahrensberatung:

→ *"Das Bundesamt führt eine für die Asylsuchenden freiwillige, unabhängige staatliche Asylverfahrensberatung durch."*

**Gesetz über Duldung bei
Ausbildung und Beschäftigung
Inkrafttreten 1. Januar 2020**

Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG)

Ausbildungsduldung: Viele Verschärfungen und wenige Verbesserungen

- Ausbildungsduldung auch für **Helfer*innenausbildungen**, wenn an diese *„eine qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf, für den die Bundesagentur für Arbeit einen Engpass festgestellt hat, anschlussfähig ist und dazu eine Ausbildungsplatzzusage vorliegt.“*
- Ausbildungsduldung frühestens **sechs Monate**, Antragstellung frühestens **sieben Monate** vor Ausbildungsbeginn
- **Neue Beschäftigungsverbote** für Menschen aus als „sicher“ erklärten Herkunftsländern, wenn sie einen Asylantrag nicht gestellt oder ihn zurückgenommen haben (Ausnahmen)

Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG)

- Anspruch nur bei **innerhalb** bestimmter Fristen **geklärter Identität**. Ansonsten: **Ermessen**.
- Ausbildungsduldung für Geduldete erst **nach drei Monaten „normaler“ Duldung**. Gesetzesbegründung: *„Dieser Zeitraum gibt den Ausländerbehörden Gelegenheit, die Aufenthaltsbeendigung oder Maßnahmen zur Vorbereitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen zu betreiben, wie zum Beispiel den Ausländer aufzufordern, sich einen Pass- oder Passersatz zu beschaffen.“*
- **Verweigerung der Ausbildungsduldung** ist möglich: *„In Fällen offensichtlichen Missbrauchs kann die Ausbildungsduldung versagt werden.“*

Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG)

- **Beschäftigungsduldung: Kein Spurwechsel in Sicht!**
- Beschäftigungsduldung für 30 Monate soll erteilt werden für Personen, **die vor 1. August 2018 eingereist** sind, wenn:
 - Seit **zwölf Monaten Besitz einer** „normalen“ Duldung.
„Der Zeitraum gibt den Ausländerbehörden die Möglichkeit, aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchzuführen.“
 - Seit 18 Monaten **35-Stunden-Beschäftigung**, bei **Alleinerziehenden 20 Stunden**.
 - Seit 12 Monaten **Lebensunterhalt** für diese Person gesichert. Auch zukünftig!

Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG)

- **Deutschkenntnisse A 2 (mündlich)**
- Keine **Straftaten** über 50 / 90 TS: Sippenhaftung
- Tatsächlicher **Schulbesuch der minderjährigen Kinder** nachgewiesen
- Keine **Straftaten** der minderjährigen Kinder über bestimmten Grenzen, kein BTMG-Verstoß
- **Identität** geklärt innerhalb bestimmter Fristen, i.d.R. in sechs Monaten nach Einreise. Ansonsten nur Ermessen.

Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG)

Ein Beispiel:

- Frau K. ist alleinstehend, arbeitet seit zwei Jahren **35 Wochenstunden** zum Mindestlohn (9,19 €), Steuerklasse 1:
 - 1.394 € brutto, **1.065 € netto.**
 - Voraussetzung für Beschäftigungsduldung sind **erfüllt.**

Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG)

Ein anderes Beispiel:

- Herr L. arbeitet **30 Wochenstunden**, verdient aufgrund seiner besseren Qualifikation und langjähriger Berufserfahrung aber einen Stundenlohn von 15 €, Steuerklasse 1:
 - 1.950 € brutto, **1.380 € netto**.
 - Voraussetzung für Beschäftigungsduldung sind **nicht erfüllt**.

Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG)

- **Meldepflicht** bei Beendigung der Beschäftigung: Betrieb: innerhalb zwei Wochen, Bußgeld bis 30.000 Euro.
Arbeitnehmer: innerhalb zwei Wochen, Bußgeld bis 1.000 Euro.
- Wenn Beschäftigung endet oder eine der anderen Voraussetzungen entfällt), **wird Beschäftigungsduldung widerrufen**.
- Ausnahmen nur bei "**kurzfristiger**" **Unterbrechung** der Beschäftigung, „*die der Ausländer nicht zu vertreten hat*“, aber keine Ausnahme von der Lebensunterhaltssicherung.
- Nach 30 Monaten Besitz der Beschäftigungsduldung soll **Aufenthaltserlaubnis** erteilt werden, wenn **alle** Voraussetzungen weiterhin vorliegen. Erst dann "Spurwechsel".

**Verordnung zur Änderung der
Verordnung zum Integrationsgesetz
und der Beschäftigungsverordnung
In Kraft seit 6. August 2019.**

Änderung Beschäftigungsverordnung

- **Vorrangprüfung** für Geduldete und Asylsuchende wird flächendeckend und unbefristet **gestrichen**.
- Zugang zu **Leiharbeit** für Geduldete und Gestattete soll dauerhaft geöffnet bleiben.
- **Hinweis: Gilt nur für Personen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung**, nicht jedoch für andere Aufenthaltstitel: So bleibt die Vorrangprüfung u. a. für § 38a, für Aufenthalt zum Zwecke der Ausbildung, für Westbalkanregelung auch nach März 2020 bestehen.

Ausländerbeschäftigungs- förderungsgesetz

In Kraft seit 1. August 2019

Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

- **Frühzeitige Arbeitsförderung** von Asylsuchenden mit „guter Bleibeperspektive“ wird entfristet.
- **Aber: „Gute Bleibeperspektive“** wird nur noch für Syrien und Eritrea gewahrsagt.
- **Ausbildungsbegleitende Hilfen (AbH), Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) und Assistierte Ausbildung (ASA)** werden für Asylsuchende und Geduldete geöffnet, z. T. jedoch mit weiterhin schwer zu durchschauenden Wartezeiten.
- **Außerbetriebliche Berufsausbildung (BaE)** wird für Asylsuchende und Geduldete kategorisch **ausgeschlossen**.
- **Ausbildungsbeihilfe (BAB)** wird vom Aufenthaltsstatus entkoppelt: Zugang haben nun auch Unionsbürger*innen sowie Personen, die zum Zweck der Ausbildung kommen. **Asylsuchende** werden jedoch nun kategorisch **ausgeschlossen**.
- **Förderlücke** im AsylbLG wird geschlossen.

Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz

- **Integrationskurse und berufsbezogene Deutschkurse** für Asylsuchende unabhängig vom Herkunftsland nach drei Monaten Aufenthalt geöffnet, wenn Einreise vor 1.8.2019 war **und** entweder "Arbeitsmarktnähe" besteht (mindestens Arbeits- oder Ausbildungssuchendmeldung), oder Kinder unter sechs Jahren ohne Betreuung sind.
- **Unklar:** Ist Arbeitssuchendmeldung trotz fehlendem Arbeitsmarktzugang möglich, z. B. in den Landeslagern?
- Für **danach eingereiste Asylsuchende** nur bei „guter Bleibeperspektive“
- **Das heißt:** Für ab 1. August 2019 eingereiste Asylsuchende bestehen **Verschlechterungen** bei der Sprachförderung im Vergleich zur bisherigen Regelung!
- **Berufsbezogene Deutschkurse** werden für Geduldete mit "Arbeitsmarktnähe" geöffnet.

Drittes Gesetz zur Änderung des AsylbLG

In Kraft seit 1. September 2019

Drittes Gesetz zur Änderung des AsylbLG

- Regelsätze werden mit dreijähriger Verspätung an aktuelle **Bedarfsberechnung (EVS)** angepasst.
- **Regelsatzkürzung um zehn Prozent** für alle Alleinstehenden in Gemeinschaftsunterkünften (Zwangsverpartnerung, „Schicksalsgemeinschaft“).
- Stromkosten werden künftig gesondert erbracht, dadurch **Kürzung der Geldleistungen** um 38 Euro.
- **Verlängerung der Voraufenthaltszeit** von 15 auf 18 Monate für § 2-Leistungen.
- **Schließung der Förderlücke** bei Ausbildung (während Ausbildungen gibt es künftig Leistungen nach § 2 AsylbLG).
- Einführung eines **Freibetrags** bei ehrenamtlicher Tätigkeit von 200 Euro.

Gesetz zur Entfristung des Integrationsgesetzes

In Kraft seit 12. Juli 2019

Entfristung Integrationsgesetz

- Regelung zur Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge wird **entfristet** und an einigen Stellen **verschärft**.
- Wohnsitzauflage gilt für ein **Bundesland**, in sieben Bundesländern sogar für eine konkrete **Stadt**. In zwei Bundesländern gibt es "**verbotene Städte**".
- Wohnsitzauflage gilt individuell für **drei Jahre**.
- Integration wird dadurch faktisch **erschwert** statt erleichtert.
- Unzureichende **Härtefallregelung**, Gewaltschutz nicht immer gewährleistet.
- Europarechtlich und völkerrechtlich **fragwürdig**.
- Keine **Evaluation** über die Wirkung.

**Gesetz gegen illegale
Beschäftigung und
Sozialleistungsmissbrauch
(„Kindergeldausschlussgesetz“)**

In Kraft seit 18. Juli 2019

Kindergeldausschlussgesetz

- Ausweitung der **Kompetenzen für FKS** bei der Ahndung illegaler Beschäftigung und ausbeuterischer Arbeitsbedingungen
- Verbot von „**Tagelöhnerbörsen**“
- **Ausschluss vom Kindergeld** für nichterwerbstätige oder arbeitssuchende Unionsbürger*innen sowie Personen mit Aufenthaltsrecht nach Art. 10 VO 492/2011
- **Übermittlungspflichten** der Familienkassen an die Ausländerbehörden zwecks Aberkennung des Freizügigkeitsrecht

**Drittes Gesetz zur Änderung des
Staatsangehörigkeitsgesetzes**
In Kraft seit 9. August 2019

Änderung Staatsangehörigkeitsgesetz

- Für Einbürgerung muss **„die Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse gewährleistet sein“** (Leitkulturparagraf, gemeint ist insbesondere Mehrehe).
- **Identität muss geklärt sein**, d. h. faktischer Ausschluss der Einbürgerung für viele anerkannte Flüchtlinge.
- **Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit** bei doppelten Staatsbürger*innen, wenn sie in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines anderen Staates (IS) eintreten.

Zweites Datenaustausch- verbesserungsgesetz

**Überwiegend in Kraft seit 9. August
2019**

Datenaustauschverbesserungsgesetz

- Automatisierter **Zugriff auf AZR-Daten** durch andere Behörden.
- **Erkennungsdienstliche Behandlung** in bestimmten Fällen durch die Bundespolizei auch außerhalb der 30km-Zone an der Grenze
- **Herabsetzung des Mindestalters** für die Abnahme von Fingerabdrücken von 14 auf sechs Jahre.

Bewertung:

Bewertung

- Das Aufenthaltsrecht wird im Sinne der **Verwertbarkeitslogik** auf der einen und **Law and Order** auf der anderen Seite umgebaut.
- Für einen menschenrechtlich orientierten Ansatz bleibt dabei kaum mehr Raum. Viele **Grund- und Menschenrechte** drohen unter die Räder zu kommen. Eine unvollständige Auswahl:
 - Menschenwürdiges **Existenzminimum** (Art 2 i. V. m. Art 20 GG)
 - Unverletzlichkeit der **Wohnung** (Art. 13 GG)
 - Recht auf **Freizügigkeit** (Art. 12 UN-Zivilpakt)
 - Vorrang des **Kindeswohls** (Art. 3 UN-Kinderrechtskonvention)
 - Besondere Bedürfnisse **Schutzbedürftiger Personen** (Art. 21 EU-Aufnahmerichtlinie)
 - Recht auf **Arbeit** (Art. 6 UN-Sozialpakt)
 - Recht auf **Schulbesuch**, Schulpflicht (Art. 13 UN-Sozialpakt)

Bewertung

- Die Innenpolitik hat gegenüber der Arbeits- und Integrationspolitik deutlich die Oberhand gewonnen. Alles wird dem Primat **„Verhinderung von Pull-Effekten“** untergeordnet.
- Für einen erheblichen Teil Asylsuchender wird zukünftig frühzeitige **Integration und Arbeitsmarktteilhabe verhindert** – um die „Abschiebungsreife“ zu erhalten.
- Ein Großteil der **Verbesserungen** ist nur **befristet** eingeführt worden. Die **Verschlechterungen** allerdings **dauerhaft**.
- Ein **Spurwechsel wird nicht ermöglicht**, die Beschäftigungsduldung wird nur für wenige Betroffene eine Lösung bieten.
- Kurz: In zwei Jahren werden wir dieselben Diskussionen erneut führen müssen.

Was ist sonst noch zu sagen?

Vielen Dank!